

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 3

Artikel: Schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Probleme
Autor: Stöckmann, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142352>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reis, um zu essen; nach Wasser, zu trinken; nach Kleidern, meinen Körper zu bedecken; nach Luft, zu atmen; Licht, zu sehen; Medizin, um Krankheit einzudämmen — sehr harmlose Wünsche. Sind es nicht die Wünsche von Menschen? Aber wenn sie es sind, weshalb liege ich denn hier? Weshalb liegen denn andere Freunde hier? In wessen Namen wurde ich denn auf diese Weise behandelt?»

«Ich höre nicht mehr das entfernte Brummen der B-52. Ich habe das Beben in der Erde nicht mehr gespürt, als ihre Bomben explodierten. Ich dachte, der Krieg müsse vorbei sein, die Amerikaner hätten ihren gewaltsamen Handlungen in unserem Land ein Ende gemacht. In dieser Zelle aber hat sich nichts geändert. Hier herrscht nur die Dunkelheit, die Krankheit, so wenig Wasser und Nahrung, so viele Moskitos, so viel Terror.»

«Inmitten dieser äußersten Qualen, dem Tod nahe: plötzlich will ich leben. Ich durste nach dem Leben. Ich will leben — genauso wie andere Vietnamer leben. Meine zwei dünnen Arme krallen sich ans Leben am Rand dieses Abgrundes; sie strecken sich und schreiben die Worte dieses beschämenden Lebens nieder, es sind aber Worte voller Hoffnung. Bitten, daß es uns erlaubt werde, Menschen zu sein, einfach und frei.»

«Diese gebrochenen Sätze, die ich meinen Freunden in Vietnam und durch die ganze Welt sende, denen, die wie ich als eine einzige Gemeinschaft leben wollen,

ich bitte Euch, Eure Stimme mit meiner zu vereinigen: Bitte, rettet mich, und rettet die Hunderttausende von Vietnamesern, die langsam sterben.»

Schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Probleme

Chaotische Erscheinungen im sozialen Geschehen sind der Ausdruck einer Wirksamkeit des Lebendigen. Sie sind dazu angetan, sowohl verkrustete Strukturen als auch alte Denkgewohnheiten aufzulockern, indem sie zu neuen Einsichten und Erkenntnissen führen können, ist doch das Leben selbst der beste Lehrmeister. Die durch die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den arabischen Staaten im Herbst vorigen Jahres ausgelöste

«Ö l k r i s e»

hat weitreichende chaotische Auswirkungen gezeitigt. Sie traf — je nach dem Grad ihrer Abhängigkeit vom arabischen Erdöl — die hoch-

industrialisierten Ölverbraucherländer weitgehend unvorbereitet sowie mehr oder minder hart. Mag auch die anfängliche Minderlieferung arabischen Öls inzwischen auf dem freien Markt zu einem großen Teil — wenn nicht gar voll — wieder ausgeglichen worden sein, so erweist sich doch das von den Ölländern gemeinsam ausgeübte Preisdiktat, das durch das Preisgebaren der multinationalen Mineralölgesellschaften gewiß noch verschärft wurde, als äußerst folgenschwer. Die akute Zwangslage der Käuferländer wurde und wird rücksichtslos ausgenutzt, ist doch von einer Preiserhöhung um rund 300 Prozent die Rede. Ferner wird auch von einer sehr beträchtlichen Steigerung der Preise für andere Rohstoffe berichtet (wobei allerdings überwiegend die Spekulation ihre Hand im Spiel hat).

Im Prinzip ist — aber immer nur innerhalb angemessener Grenzen — eine (an sich längst überfällige) Aufbesserung der Preise zugunsten der Rohstoffländer ein begrüßenswerter, weil notwendiger Vorgang. Allzulange schon ist das preisliche Gleichgewicht beim wechselseitigen Gütertausch viel zu stark zum Übervorteil der Industriestaaten gestört. Gegenüber der von diesen geleisteten Entwicklungshilfe wurde oft genug der Ruf erhoben: «Trade, not aid!», was besagt, daß an die Stelle der Hilfe weitgehend der Handel — und zwar auf der Basis gerechter Preise — zu treten habe.

Was aber jetzt im Falle des Rohöls geschieht, steht im Zeichen einer hemmungslosen preislichen Ausbeutung der Käuferländer, also diesmal in erster Linie der Industriestaaten. Es handelt sich hierbei um einen so schlimmen Zustand preislichen Ungleichgewichts, daß seine baldestmögliche Wiederbehebung im gesamten weltwirtschaftlichen Interesse dringend und zwingend geboten ist. Jetzt wird der preisliche — man kann auch sagen der «kapitalistische» — Bogen, und zwar in diesem Falle von der anderen Seite, allzuweit überspannt. (Diesbezüglich entspricht dieser Rundbrief dem Stand von Ende Januar).

Sollte eine Revidierung innerhalb absehbarer Zeit nicht stattfinden, würden die dann eintretenden Folgen sehr schwerwiegend sein. Die Industriestaaten liefen dann zum Teil Gefahr, in eine chronische passive Handels- und Zahlungsbilanz hineinzugeraten, was eine entsprechende Schwächung ihrer Importfähigkeit und somit einen Rückgang des Welthandels bedeuten würde. Sie — die Industriestaaten — könnten ferner gezwungen sein, ihre bisherige finanzielle Entwicklungshilfe einzustellen, die dann von den Ölscheichs geleistet werden sollte bzw. müßte, zumal die armen Entwicklungsländer von der immensen Ölverteuerung am allerhärtesten getroffen werden. Die Ölländer werden in der Flut von Dollarmilliarden — den Verkaufserlösen für ihr exportiertes Rohöl — versinken, womit sie viel Unheil anrichten könnten, so nicht zuletzt durch große Waffenkäufe.

Durch die eingetretene Ölsituation wurde auch die Dollarspekulation angeregt, was binnen kurzer Zeit zu einer — gewiß überhöhten — Steigerung des Dollarkurses um rund 20 Prozent und damit für uns (wie auch für andere Länder) zu einer entsprechenden (zusätzlichen) Verteuerung des Imports jener Waren geführt hat, wofür die Preise in amerikanischer Währung vereinbart wurden (was eben auch für das Erdöl gilt). Infolge der unheilvollen Devisenspekulation kann der Dollarkurs noch weiter in die Höhe gehen, wie er auch ebensogut wieder fallen kann, sind doch die Währungen zu einem Spielball der Spekulation geworden. Diese bedeutet ständige Unsicherheit auf dem Devisenmarkt. Ein beliebtes Spekulationsobjekt ist in der heutigen Lage u. a. auch das Gold, wofür der Preis infolge übergroßer Nachfrage höher und höher kletterte. Ferner ging durch die Presse die — hinterher zwar widerrufen — Meldung, daß englische Grundstücks-Investmentgesellschaften für arabische Rechnung spekulative Grundstückskäufe in westeuropäischen — so auch in westdeutschen — Großstädten tätigen.

Alles in allem nimmt das weltweite Währungschaos unter den dargelegten Umständen weiter zu, was die angestrebte Reform des internationalen Währungssystems mehr und mehr erschweren muß. Die hiermit verbundenen inflationären Folgen drohen immer größere Ausmaße anzunehmen. Diese Tendenz wird noch verstärkt, wenn — wie bei uns in der Bundesrepublik — von den Gewerkschaften übertriebene Lohnforderungen gestellt werden, die volkswirtschaftlich nicht zu verkraften sind. Nach Lage der Dinge gehen die Lohnerhöhungen wieder weitgehend in die Preise ein, da einer solchen Ausweitung des Geldumlaufs keine entsprechende Zunahme des Sozialprodukts gegenübersteht. Dies um so mehr, als die erwähnte Verteuerung des Imports zum Zwecke eines Ausgleichs unserer Zahlungsbilanz — falls ein solcher überhaupt noch möglich ist — eine entsprechende Mehrleistung für den Export erforderlich macht. Erschwerend fällt ferner ins Gewicht, daß der unproduktive Sektor unserer Volkswirtschaft — das heißt die Zahl derer, die keine wirtschaftlich produktive Arbeit leisten und in diesem Sinne «reine» Konsumenten sind — ständig zunimmt, bei gleichzeitiger häufig zu verzeichnender Abnahme der Arbeitsmoral.

Obendrein muß bedacht werden, daß immer lauter und eindringlicher auf die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums hingewiesen wird, nachdem der Naturhaushalt infolge des an der Natur vielfach geübten Raubbaus ohnehin schon allzu stark in Unordnung geraten ist. Im Zusammenhang hiermit sind die ökologischen Nöte ständig größer geworden, sodaß bereits die Frage nach dem Zeitpunkt gestellt wurde, von dem ab die Erde wegen des Fehlverhaltens von uns Menschen unbewohnbar werden könnte.

Bei einer verantwortungsbewußten Bilanzziehung müssen wir zu

der Einsicht gelangen, daß die Zeit überreif geworden ist für eine **fundamentale Erneuerung, für eine tiefgreifende Umorientierung auf allen Lebensgebieten: im geistigen, im politischen und im wirtschaftlichen Bereich.** Angesichts der heute bestehenden gegenseitigen Abhängigkeiten rückt die Menschheit, die in einem Boot sitzt, immer enger zusammen. Leitlinie für das soziale Verhalten kann fortan nur noch das Menschheitsheil sein; alles andere zählt nicht mehr.

Auf der Jahresbeginnveranstaltung der Industrie und Handelskammer Hannover-Hildesheim warnte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, vor der Tendenz zur Überindustrialisierung. Er forderte von der deutschen Wirtschaft zu Recht ein «Umdenken», eine Umstrukturierung. Hierzu sollte nach der Ansicht des Verfassers auch die Einsicht gehören, daß wir es uns nicht mehr leisten können, ja dürfen, dort, wo es bisher der Fall war, eine sogenannte «Verschleiß»-produktion von relativ kurzlebigen Erzeugnissen fortzusetzen, woraus sich der Zwang zu einem schnellen Neukonsum ergibt. Die Umstellung auf die Herstellung solider, relativ langlebiger industrieller Produkte tut not.

Zur Frage der Mitbestimmung

Was die Frage der Mitbestimmung in Großunternehmen auf einer für Arbeitnehmer und Kapitaleigentümer gleichberechtigten Grundlage angeht, indem im Aufsichtsrat beide Seiten in gleicher Zahl vertreten sind, so hat es diesbezüglich ein jahrelanges Gerangel innerhalb und zwischen den Parteien gegeben. Die SPD/FDP-Koalition, wie auch die CDU, haben ihre Vorschläge zur parlamentarischen Behandlung der Frage bereinigt.

Mag man nun dem Mitbestimmungsmodell der Koalition oder dem der CDU und ihrer hierüber hinausgehenden Konzeption mehr Geschmack abgewinnen, so stößt doch keines dieser beiden Modelle zum eigentlichen Kern des zu lösenden Problems vor. Dieses besteht in einer gesetzlichen Festlegung und Praktizierung eines zeitgemäßen, neuen Eigentumsrechts. In unserem technisch-industriellen Zeitalter hat sich infolge des Festhaltens an einer mehr und mehr veralteten, zurückgebliebenen Rechts- und Geldordnung eine dahingehende Entwicklung vollzogen, daß einer Anzahl von Großbesitzern, denen heute auch die Gewerkschaften mit ihren Großunternehmen zuzurechnen sind, ein ständig größer werdendes Vermögen und damit auch eine entsprechende wirtschaftliche Macht buchstäblich zugewachsen ist und weiterhin wächst. Wir müssen hierin einen zutiefst sozialwidrigen, ungesunden Zustand, der sich nie und nimmer mit Pflastern und Pflästerchen heilen läßt, erblicken, ein Zustand, der bisher — außer und entscheidend

durch ein rückständiges Eigentumsrecht — zusätzlich begünstigt wurde durch das den überwiegend betriebsfremden Kapitaleigentümern rechtlich zugestandene Übergewicht an innerbetrieblicher Entscheidungsbezugnis.

Der erwähnte stete Vermögenszuwachs trägt für die Betroffenen — die «Privilegierten» — selbst den Charakter eines weitgehend oder gar völlig arbeits- und leistungslosen Einkommens bzw. Gewinns, dessen Entstehung ein Prozeß ist, bei dem der gesamte soziale Organismus mitwirkt. Hierin drückt sich das aus, was mit Recht als «Kapitalismus» gebrandmarkt und bekämpft wird und aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit einer seit langem überfälligen Änderung bedarf. Das ist der Kernpunkt, um den nicht mehr länger herumgeredet und herumreformiert werden sollte! Solange wie dieses Grundproblem ungelöst bleibt, leiten die Gewerkschaften aus erwirtschafteten Gewinnen stets von neuem ebenfalls hohe Lohnforderungen her, selbst wenn diese auch unter einem volkswirtschaftlichen Gesamtaspekt oft — wenn nicht gar meistens — nicht tragbar sind. Es ist nämlich zu bedenken, daß Löhne überwiegend in den Konsum gehen, Gewinne dagegen überwiegend in die Leihgeldsphäre abwandern zwecks erforderlicher Anschaffung neuer, verbesserter Maschinen.

Was die Zeit zwingend fordert, das ist die Beschränkung des privaten Eigentumsrechts auf Konsumgüter in den Bereichen der Ernährung, der Bekleidung und der Behausung. An allem, was keine Ware ist, wie: Fabrikanlagen, Grund und Boden sowie das sich bildende Kapital (zumindest bei Unternehmen von einer bestimmten Größe an), haben wir es im Grunde mit Niemandeigentum zu tun, dessen Entstehung — wie schon erwähnt — auf die Mitwirkung des gesamten sozialen Organismus zurückzuführen ist. An ihm darf nur ein mit sozialer Verpflichtung treuhänderisch zu übertragendes Lehensrecht ausgeübt werden. Es hat jedoch weiterhin als Grundlage für die freie Entfaltung der Unternehmerinitiative zu dienen. Dagegen darf es sich niemals etwa um eine Verstaatlichung wirtschaftlicher Unternehmen handeln, hat sich doch der staatlich-politische Bereich ausschließlich mit der Verwaltung des Rechtslebens und mit sonstigen rein politischen Angelegenheiten zu befassen. Somit sind aus seiner Zuständigkeit alle spezifisch wirtschaftlichen sowie geistig-kulturellen Belange — im letzteren Falle also das gesamte Bildungs- und Informationswesen — auszugliedern und in die Selbstverwaltung zu überführen durch die Schaffung eines autonomen Wirtschafts- bzw. Kulturrates.

Wie schon oftmals zum Ausdruck gebracht, könnte eine Entprivatisierung von Unternehmen in der Weise erfolgen, daß sie die Eigentumsform einer Stiftung oder aber einer Genossenschaft erhalten, ganz abgesehen davon, daß wir es ja auch bei einer «Firma» nicht mit einer

«natürlichen», sondern mit einer «juristischen Person» zu tun haben, was besagt, daß zwischen beiden keine unbedingte Identität besteht. Einer arbeitsteiligen Wirtschaft, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht, entspricht die Pflege dessen, was man als «objektiven Gemeinsinn» bezeichnen könnte. Den Banken und sonstigen Geldinstituten sollte der Status einer «Institution des öffentlichen Rechts» verliehen werden. Obendrein haben sie sich auf reine Geld- und Kreditgeschäfte zu beschränken, ohne sich also auch mit eigenen Anlagen und Beteiligungen zu befassen.

Im übrigen ist es im gesamtwirtschaftlichen Interesse von entscheidender Bedeutung, das Verhältnis zwischen Arbeitnehmerschaft und der Arbeitgeberschaft von einem Gegeneinander in ein partnerschaftliches Miteinander zu überführen, sind doch beide Seiten aufeinander angewiesen. Wir können hierbei auch vom «Arbeitsleiter» und vom «Arbeitsleister» sprechen. Lohn- bzw. Gehaltsempfänger und Unternehmer sind keine eigentlichen Gegensätze, sondern integrierende Teile eines übergeordneten Wirtschaftsorganismus, eines Gemeinwesens, dem alle verpflichtet sind. Was jedoch zwingend geboten ist, das ist — wie aufgezeigt — eine zeitgemäße Anpassung des Eigentumsrechts an die großen wirtschaftlichen Wandlungen, die sich im Zuge der rapiden technisch-industriellen Entwicklung vollzogen haben.

Aus: Carl Stöckmanns Mitteilungsblatt vom März/April 1974

Hinweise auf Bücher

ARMIN BOLLINGER: **Spielball der Mächtigen. Geschichte Lateinamerikas.** 1972. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. Fr. 38.80.

Das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Geschichte Lateinamerikas ist groß, nachdem wir immer wieder mit Ereignissen aus den einen und andern der zweiundzwanzig Staaten konfrontiert werden. Das Verdienst des vorliegenden Buches liegt darin, daß es nicht nur den Stand und die Entwicklung der Neuzeit analysiert, sondern auf die Zeit der Eroberungen zurückgeht. Trotzdem ist das Buch mit seinen knapp dreihundert Seiten kein Wälzer, erlaubt aber dem interessierten Leser durch seine ausführlichen Quellenangaben, das Studium der angeschnittenen Fragen in jeder Richtung weiterzuführen. Ein Register, das schätzungsweise fünf- bis sechshundert Namen umfaßt, erlaubt die Verwendung als Nachschlagewerk.

Der Verfasser, Dozent für Geschichte Lateinamerikas an der Hochschule St. Gallen, entwickelt in souveräner Linienführung das Werden der heutigen Staaten Lateinamerikas aus den Anfängen der spanischen und portugiesischen Eroberungen. Namen, die wir aus Geschichte oder Literatur kennen, begegnen uns und kommen in Zusammenhang zueinander. Tendenzen und Ideen unserer Zeit lassen sich in ihren Anfängen teilweise schon in früheren Jahrhunderten erkennen. Die Lektüre bietet nicht nur präzises Wissen, sondern fesselt durch die menschliche Anteilnahme, die der verschiedenartigen Bevölkerung des